



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/26 - 1.2.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Verstärkte französische Aktivität an der Saar	S. 1
Kreml-Pläne beunruhigen Warschau	S. 3
Zu den Beschlüssen der Rektorenkonferenz	S. 4
Der Hamburger Senat und der Gemeinnützige Wohnungsbau	S. 6

"Frankreich braucht keine Einigung über die Saar"

xxx, Saarbrücken

Am 4. und 5. Februar wird voraussichtlich in Paris der Allgemeine Ausschuss des Europarates zusammentreten, um sich mit dem Plan des Holländers van Naters zur sogenannten "Europäisierung" des Saargebietes zu befassen. Obwohl gegenwärtig die Politiker Europas und der ganzen Welt nach Berlin blicken und die deutsch-französischen Auseinandersetzungen um die Saar weit in den Hintergrund getreten sind, sollte man diesem Problem auch zurzeit die gebührende Beachtung schenken.

Die Tatsache, dass die direkten deutsch-französischen Gespräche über die Saarfrage zeitweilig unterbrochen wurden, besagt nämlich keineswegs, dass Frankreich in seiner Aktivität erlahmt wäre. Es hat in der letzten Zeit durch seinen "Botschafter" in Saarbrücken, Herrn Grandval, einige bemerkenswerte Erklärungen abgegeben, die Anlass sein sollten, die deutsche Haltung zu überprüfen. Der Saarbrücker Vertreter der Französischen Republik, von dem man weiss, dass er den Kreisen um de Gaulle nahesteht, sagte in seiner "Chronique Sarroise", Frankreich und das Saarland hätten es nicht nötig, von irgendjemand die Erlaubnis einzuholen, weiter zusammenarbeiten zu dürfen und Frankreich könne auf eine Einigung mit Deutschland verzichten. Diese Äusserung erhält ein besonderes Gewicht, wenn man sie in Zusammenhang mit einer Drohung bringt, die derselbe Herr Grandval zu Beginn des Jahres

in Saarbrücken an die deutsche Adresse richtete. Er meinte damals, wenn eine Einigung über die Saar, das heisst die Erfüllung der französischen Wünsche durch die Bundesregierung, nicht bald zustande käme, müsse man Mittel und Wege finden, um den Saarstaat die nötige Stabilität in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu geben. Europa könne schliesslich genau so gut von sieben wie von sechs Staaten aufgebaut werden.

Nun ist Herr Grandval dafür bekannt, dass er die Deutschen nicht gerade liebt und deshalb könnte man zunächst annehmen, es handle sich bei seinen Äusserungen um eine der vielen persönlichen Eskapaden, durch die er unrühmlich bekannt wurde. Aber dem ist nicht so. Das, was er sagte, ist nach sich mehrenden Anzeichen die Überzeugung weiter Kreise in Paris, die jetzt durch das Gespräch mit den Russen eine Chance sehen, die so heiss ersehnte Anerkennung für die Nachkriegsschöpfung "Saarland" auf dem Rücken Deutschlands einzuhandeln oder zumindest die Deutschen mit einer solchen Drohung gefügiger zu machen.

Diese Haltung könnte dazu führen, dass die Vertreter der deutschen Regierungskoalition im Allgemeinen Ausschuss des Europarates bereit sind, Zugeständnisse in prinzipiellen Fragen zu machen, über die kein Deutscher handeln kann. Ein solches "Weichwerden" der Vertreter der Koalitionsparteien hätte jedoch gerade in der gegenwärtigen Situation nicht nur für die Zukunft des Saargebietes, sondern auch für die Herstellung der deutschen Einheit verhängnisvolle Folgen. Es ist deshalb unverständlich, dass die Herren Dr. Gerstenmeier und Dr. Pfeleiderer bereit waren, mit einem Manne aus der nächsten Umgebung Saar-Hoffmanns ein Rendezvous zu haben; sie wären eher verpflichtet, mit den Vertretern der unterdrückten deutschen Parteien die Massnahmen zu besprechen, die für die Durchsetzung des deutschen Standpunktes erforderlich sind.

Der Plan des Holländers van Waters, der unter Assistenz der Saarbrücker "Regierung" und entsprechend den französischen Wünschen ausgearbeitet wurde, ist für die Bundesrepublik auch mit verschiedenen Modifizierungen unannehmbar.

Die Zustimmung deutscher Vertreter zu einem gleichwie gearteten Vorschlag, der den de facto-Verzicht auf die staatsrechtliche Zugehörigkeit der Saar zu Deutschland in sich schliesst, würde jetzt den Russen in Berlin ein sehr wertvolles Argument liefern. Deshalb sollten diejenigen, die trotz der veränderten Situation immer noch bereit sind, an der Konzeption des Sechser-Europas und einer eventuellen Preisgabe der Saar als Kaufpreis für diese Integration festzuhalten, gut überlegen, was sie tun.

Unsicherheit in Polen

EZ - Berlin

Die polnischen Korrespondenten in Berlin bilden die stärkste Fraktion unter den volksdemokratischen Sonderberichterstattern. Bei der Begegnung mit ihnen drängt sich der Eindruck auf, daß in diesem Kreis, so sehr man es auch zu verbergen sucht, eine gewisse Unsicherheit über die sowjetrussischen Absichten vorhanden ist. Wie aus einer diplomatischen Mission in Westberlin verlautet, ist auch in Kreisen der offiziellen polnischen Vertretung bei der Pankower Regierung die gleiche Beunruhigung festzustellen.

Anlaß dazu könnte die Erkenntnis, vielleicht auch nur die Vermutung sein, daß die Sowjets, die, nach dem bisherigen Konferenzverlauf zu urteilen, ganz offensichtlich eine allgemeine Entspannung wünschen, sich zu entsprechenden Gegenleistungen in der Deutschland-Frage bereit finden. Da die Polen auch beim ZK der SED, das genau so wie sie selbst vom Kreml über das Ausmaß seiner Konzessionsbereitschaft im unklaren gelassen worden ist, keine zufriedenstellende Information erhalten können, ist ihre steigende Nervosität verständlich.

Vielleicht ist auch die kurz vor der Berliner Konferenz bekanntgegebene Verschiebung des für den 16. Januar festgesetzten Parteitag der kommunistischen "Vereinigten polnischen Arbeiterpartei" mit auf diese Unsicherheit über die sowjetische Haltung in den Fragen der Europa- und Deutschlandpolitik zurückzuführen. Man braucht dabei keineswegs an ein Fallenlassen der Oder-Neiße-Grenze durch die Sowjets zu denken, jede Wiederherstellung der deutschen Einheit aufgrund einer freien Entscheidung der Sowjetzonenbevölkerung muß den polnischen kommunistischen Staat erschüttern. Schon der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 hatte große Streikaktionen der von der KP terrorisierten und durch das Regime ausgehungerten Bevölkerung zur Folge.

Das Gefühl der Ungewißheit der polnischen KP und ihrer Regierung gegenüber den Kreml-Plänen ist sicher aber auch dadurch bedingt, daß die Mitglieder der kommunistischen Hierarchie durchweg noch aus der Stalinzeit stammen und hinsichtlich der jetzigen Kreml-Intentionen nicht mehr als zuverlässige Informatoren gelten können.

Wenn die vor kurzem vom "Manchester Guardian" gebrachte Meldung

zutrifft, daß die polnische Regierung jetzt 30000 noch in den Westgebieten ansässige Deutsche nach der Sowjetzone zwangsevakuieren will, so kann darin wohl ein Versuch gesehen werden, durch eine Ausweisung auch der letzten Deutschen einen Zustand zu beseitigen, der künftig vielleicht einmal für die Sowjets zum Anlaß werden könnte, in eine Diskussion der "Friedensgrenze" auch nur einzuwilligen.

Ist es ein Zufall, daß vor wenigen Tagen anlässlich des dritten Jahrestages des Abkommens über die "Markierung der Oder-Neiße-Friedensgrenze" auf einer Kundgebung in Frankfurt /Oder einer der offiziellen polnischen Delegierten fast beschwörend erklärte: "Es ist der Wunsch des polnischen Volkes, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die Grundsätze des Zusammenlebens annimmt, die sich im Verhältnis zwischen der DDR und Polen nun schon seit Jahren bewährt haben", Wäre ein solcher, offensichtlich aus schwerer Sorge vorgebrachter polnischer Wunsch überhaupt notwendig, wenn man jenseits der Oder und Neisse der festen Überzeugung wäre, daß sich in Auswirkung der Berliner Konferenz in der politischen Struktur eines künftigen Deutschlands nichts ändern werde ?

+ + +

Politik als Wissenschaft und als Bildungselement

O.G. Deutsche Gelehrte, wie Max Weber, Max Scheler, Karl Mannheim haben einst den Ruf und den Ruhm der Sozialwissenschaften in der ganzen Welt begründet. Heute ist die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland infolge ihrer Stagnation während des Hitler-Regimes hinter dem Stand, den sie etwa in den angelsächsischen Ländern erreicht haben, so beträchtlich zurückgeblieben, daß oft genug die politische Praxis, die in der heutigen komplizierten und differenzierten Gesellschaft mehr denn je auf die Ergebnisse der Sozialwissenschaften angewiesen ist, bestimmte Probleme nicht bewältigen kann, weil in Deutschland insbesondere die Wissenschaft von der Politik, als eine Spezialwissenschaft der Sozialwissenschaften, diese Ergebnisse nicht liefert.

Das liegt zu einem nicht geringen Teil daran, daß die Wissenschaft von der Politik und ihre Verankerung innerhalb des traditionellen Gefüges der deutschen Hochschule nach wie vor kämpfen muß.

Die Einrichtung und der Aufbau der dazu notwendigen Lehrstühle, Seminare und Institute steckt auch heute noch in den Anfängen. Die Empfehlung der westdeutschen Rektorenkonferenz auf ihrer letzten Sitzung, "Lehrstühle für politische Wissenschaften überall dort zu errichten, wo die personellen Voraussetzungen gegeben sind", ist deshalb zu begrüßen. Wurde doch noch vor einigen Jahren gerade von Vertretern der Hochschulen die institutionelle Eingliederung dieser jungen Wissenschaft in die Universitäten als Ausfluß der Experimentierfreudigkeit neuerungswütiger Kultusministerien beargwöhnt.

Wenn die Rektorenkonferenz es ablehnt, daß Zwangsvorlesungen oder Zwangsprüfungen in diesem Fach verlangt werden, so wird man sich der Empfindung, die dieser Ablehnung zugrunde liegt, nämlich der Skepsis gegenüber politischer Bildung als Schulung und Drill, zwar nicht verschließen können. Das Problem des sinnvollen Einbaus der politischen Bildung in das Studium der Studierenden aller Fachrichtungen ist aber mit einer derartigen Ablehnung keineswegs gelöst. Wenn politische Bildung nicht nur dekoratives Beiwerk sein, sondern als Grundelement jeder akademischen Bildung ihren notwendigen Beitrag zur Festigung der Demokratie leisten soll, dann müssen in die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen jedes Faches Vorlesungen und Übungen aufgenommen werden, die das jeweilige Fachstudium in seiner Bezogenheit auf das Ganze der Gesellschaft deutlich werden lassen.

Umso unverständlicher erscheint es dann, wenn die Rektorenkonferenz in der gleichen Sitzung es ablehnte, eine junge Hochschule, die sich gerade um diese Ausweitung des Fachstudiums bemüht, nämlich die Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven, "in die Gesamtorganisation der wissenschaftlichen Hochschulen aufzunehmen". Ohne Zweifel liegen diesem Beschluß traditionsgebundene Vorstellungen vom Wesen der Hochschule zugrunde, die mit der tatsächlichen Stellung der Hochschule in der heutigen Gesellschaft nicht mehr übereinstimmen. Sie zu überwinden, ist aber die grundlegende Voraussetzung für jede Heranbildung an Politik als Wissenschaft und als Bildungselement.

+ + +

"Wir müssen weiterbauen!"

F.v.B. In dem Stadtstaat Hamburg fehlen ca. 200000 Wohnungen. Mehrere hunderttausend wohnungsuchende Väter, Mütter, Kinder, zahllose vom Wohnungsbau direkt oder indirekt abhängige Unternehmen, Handwerker und Bauarbeiter in der Hansestadt stehen daher schier faßungslos dem millionenschweren Schildbürgerstreich ihres jetzigen Senats gegenüber. Die "Neue Heimat" Hamburg, mit ihren 14 Schwester- und Tochtergesellschaften eines der größten Wohnungsbauunternehmen in der Bundesrepublik, hatte im vergangenen Jahr der damaligen sozialdemokratisch geführten Hamburger Regierung einen Kommunalkredit in Höhe von M 40 Millionen für Wohnungsbauzwecke angeboten. Die laufenden Verhandlungen zwischen den zuständigen Senatsstellen und der "Neuen Heimat" wurden durch den Ausgang der Hamburger Bürgerschaftswahlen unterbrochen und dann nicht mehr vom neuen Senat weitergeführt. Die "Kleinigkeit" von M 40 Millionen Baugeldern, die durch erste Hypotheken und nachrangige Mittel hätte noch verdoppelt werden können, war vom betonharten Finanzierungssockel der "Neuen Heimat" für Hamburgs Bauwirtschaft und tausende Wohnungssuchende in den Sand gerutscht, als kürzlich der Geschäftsführer der Gesellschaft, Heinrich Elett, öffentlich feststellen mußte: "Es hat keinen Zweck, etwas unter einem Senat zu unternehmen, der laufend durch seine maßgeblichen Repräsentanten erklärt, die gemeinnützigen Baugesellschaften abschaffen zu wollen".

Schleswig-Holstein sprang ein

Während Hamburgs neuer Senat aus "weltanschaulichen Gründen" auf die gesicherte Finanzierung mehrerer tausend Wohnungen einfach durch Nichterledigung verzichtete, hatte die benachbarte, aus gleichem politischen und wirtschaftspolitischen Holz geschnitzte schleswig-holsteinische Landesregierung nicht die geringsten Bedenken, zum Wohle ihrer Bauwirtschaft, arbeitslosen Bauarbeitern, zur Freude der zahlreichen Wohnungssuchenden und zugunsten des Landessäckels mit einem zwar schlüssigen, auch großen und gut fundierten, aber gewerkschaftseigenen Wohnungsbauunternehmen zusammen zu arbeiten. Soeben schloß die Regierung Lübeck mit der "Neuen Heimat" Hamburg einen Vertrag ab, wonach von den ursprünglich für Hamburg vorgesehenen M 40 Millionen 27 Millionen in Form eines vom Lande garantierten Darlehens nach Schleswig-Holstein fließen werden. Die restlichen M 13 Millionen wurden bereits anderweitig vergeben.

Die "Neue Heimat" Hamburg hat ihre gleichnamige Schwesterngesellschaft in Kiel in Verbindung mit der "Wohnungsbaugesellschaft der Gewerkschaften" in Lübeck als Bau-Betreuungsunternehmen für den schleswig-holsteinischen Raum bestimmt. Da die gewerkschaftlichen Bauunternehmen außerdem der "Neuen Heimat" in Kiel noch M 23 Millionen durch erste Hypotheken und sonstige Mittel zur Verfügung stellen, wird deren Geschäftsführer, der weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus bekannte ehemalige Sozialminister Walter Damm, zusätzlich für M 50 Millionen jetzt Wohnungen bauen können.

Mit Recht freut sich das gesamte nördliche Bundesland; denn mit diesem 50 Millionenbetrag werden auf einen Schlag 3200 Wohnungen erstellt. Im Raum der Landeshauptstadt an der Förde werden 1200, in der hart an der Zonengrenze liegenden alten Hansestadt Lübeck 700 und in der Rostocker Altstadt Flensburg und in der Lederstadt Neumünster wie im Kreis Pinneberg 300 neue Wohnungen gebaut. Zu diesen imponierenden Summen an Geld und daraus resultierenden Wohnungen bringt die "Neue Heimat" Kiel noch weitere M 30 Millionen mit ca. 2500 Wohnungen als Überhang aus dem vergangenen Jahr in den schleswig-holsteinischen Wohnungspool ein. In wenig mehr als einem Jahr werden also im ärmsten und überbevölkertsten Bundesland runde M 80 Millionen verbaut und 5700 neue Wohnungen aus dem Boden geschossen sein.

Auch Eigenheime vorgesehen

Diese Zahlen beweisen, daß es durchaus in der heutigen Zeit möglich, ja angebracht ist, den alten, echten Bürgersinn, das heißt für den Bürger gemeinsam mit dem Bürger, durch gemeinwirtschaftliches Wollen, Planen und Handeln, seine moderne, zeitentsprechende Bedeutung zu geben. Daß darunter die bestehenden Vorstellungen über das Privateigentum nicht zu Bruch zu gehen brauchen, beweist ein ebenfalls von der "Neuen Heimat" Kiel vorerzieltes Beispiel. Von ihren in der Zeit von 1951-53 fertiggestellten Wohnungen hat sie ca. 600 als Ein- bis Zweifamilienheime gebaut. Aus ihrem in Angriff genommenen bzw. bereits zu Ende geführten Bauvorhaben des Jahres 1953 hat sie 200 sogenannte "Vorratseigenheime" abgezweigt. Ohne daß bereits bei der Planung und Finanzierung ein Käufer vorhanden war, stehen diese auf Vorrat gebauten Eigenheime nach ihrer Fertigstellung demjenigen zum Kauf frei, der privates Wohnungs- bzw. Hauseigentum erwerben will. Das gerade den Wohnungsbau so stark gefährdende Schlagwort von der Gefahr des Überhandnehmens institutionellen Eigentums wird durch das privateigentumschaffende Bauen seitens gewerkschaftlicher Bauunternehmen ad absurdum geführt. Es sollte fernerweise nicht mehr von dem eingetragenen wirtschaftspolitischen Denken einer großen "Institution", den Gewerkschaften, die Rede sein. Das Beispiel der "Neuen Heimat" beweist, soviel Wohnungen wie nötig bauen, soviel Eigenheime in die Hand des privaten Eigentümers, wie gewünscht werden.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler